

<b>Zeitschrift:</b>	Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
<b>Herausgeber:</b>	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
<b>Band:</b>	54 (1975)
<b>Heft:</b>	9
 <b>Artikel:</b>	Algarve : Wahrnehmungen eines Revisionisten
<b>Autor:</b>	Neumann, Jürg
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-339044">https://doi.org/10.5169/seals-339044</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 31.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Algarve — Wahrnehmungen eines Revisionisten

Die Algarve ist nicht Portugal; das weiss man, wenn man zum xten Mal ins Land kommt. Die weissen Kuben der Häuser algarvischer Städte, wie Olhao, Albufeira, Portimao oder Lagos, mit ihren Zinnen erinnern an die paar Jahrhunderte, als die Südprovinz Portugals, zum grossen Araberreich gehörend, dem Kalifat von Córdoba unterstand, lange nachdem die Römer das Land verlassen hatten. Die Überlagerung der alten Kulturen hat einen eigenen Menschentypus hervorgebracht, bei dem der maurische Einschlag dominiert. Unter dem früheren Regime wirtschaftlich und kulturell kaum gefördert, war der schmale Küstenstreifen wahrhaft schlafender Süden, bis vor wenig mehr als einem Dutzend Jahren die ersten Touristen erschienen, zunächst hauptsächlich Engländer. Der eigentliche Bau- und Touristikboom geht auf kaum mehr als sieben oder acht Jahre zurück. Unzählige Hotels und riesige Feriensiedlungen entstanden innerhalb weniger Jahre. Viele davon befinden sich noch im Ausbau. Menschliche Arbeitskraft wurde rar; Bauarbeiter kehrten aus dem östlichen Ausland, aus Frankreich, den Benelux-Staaten oder aus der Bundesrepublik zurück. Noch heute herrscht im Gegensatz zu weiten Gebieten des Nordens in der Algarve kaum Arbeitslosigkeit, obschon im Zuge der weltweiten Rezession Tausende von Arbeitern nach Hause zurückgekehrt sind. Mit der Verstaatlichung der Banken sind die meisten Ferienüberbauungen und Hotelneubauten, für den Luxustourismus bestimmte Grossinvestitionen von Bankkonsortien, mittelbar ins Eigentum des Staates übergegangen. Die Projekte werden weitergeführt, unbekümmert darum, ob diese Zentren jemals den Zwecken dienstbar gemacht werden können, zu welchen sie geplant worden sind. Entlassungen von Arbeitnehmern sind untersagt, womit fürs erste für Vollbeschäftigung gesorgt ist. Anderseits liegt das Verkaufsgeschäft mit den erstellten Ferienvillen brach, und die eigentlichen Luxushotels sind kaum zur Hälfte belegt. Einzelne Hotels und Unternehmungen werden jetzt durch das Personal geführt. Die frühere Leitung wurde oder hat sich abgesetzt. Es heisst, die Manager seien mit der Kasse durchgebrannt. Konkurse privater Hotel- und Überbauungsgesellschaften sind an der Tagesordnung. Der Staat schickt sich an, in die Aktiven und Passiven der Kapitalisten, vornehmlich natürlich in letztere, einzusteigen, um das Schlimmste zu vermeiden, namentlich die Arbeitsplätze zu erhalten. Mehr über kurz oder lang wird diese Politik als eine der leeren Kassen fallieren müssen, werden die Militärs zwangsläufig die Notenpresse auf höheren Ausstoss schalten müssen, sofern nicht neues Auslandskapital erhältlich wird. Was dies für ein Land bedeutet, in welchem die noch immer sehr niedrigen gesetzlichen Minimallöhne, von denen immerhin etwa 70 Prozent der Werktätigen profitieren, seit dem Frühjahr 1974 unter

dem Druck der Arbeiter ganz wesentlich erhöht werden mussten, während die Preise praktisch durchweg auf dem Niveau des Vorjahres stabilisiert wurden, ist leicht zu ermessen.

Von der gegenwärtigen Situation scheint in erster Linie der Luxustourismus betroffen zu sein, während der Massentourismus, namentlich auch der einheimische, davon kaum beeinflusst ist. Die kleineren Hotels und Pensionen sind belegt, die Restaurants und Cafés überfüllt. Bis in die frühen Morgenstunden herrscht ein unheimlicher Betrieb in den Gassen der Kleinstädte. Die kleinen Leute sind optimistisch, vertrauen auf die Militärs, welche die Kommunisten schon nicht an die Macht kommen lassen werden, und geniessen im übrigen die warmen Sommernächte vor ihren Häusern oder vor den Strassencafés. An politischen Diskussionen sind sie kaum besonders interessiert, an wirtschaftlichen Erörterungen schon gar nicht. Wenige Informierte fürchten den Winter, die Zeit, in der die Versorgung mit den billigen Produkten des Landes knapp wird, wenn das sommerliche Füllhorn dieser fruchtbaren Gegend ausgeschüttet und sein Inhalt vertilgt sein wird, wenn die Lieferungen aus den einstigen Kolonien ausbleiben werden. Manche befürchten Betriebsschliessungen. Mitunter fällt auch das Wort Hunger, freilich kaum ganz ernst gemeint.

Wenige Umstellungen seit dem letzten Jahr sind offenkundig. In der Bankfiliale ist wohl gut die Hälfte des Personals ausgewechselt, das Radio-programm ist stark verändert worden. Die Schlagwortpropaganda der dafür zuständigen 5. Division (5. Abteilung des Generalstabes), aufgelockert durch Marschmusik und Revolutions-Fados, beansprucht einen Grossteil der Sendezeit. Die Propaganda gemahnt in vielem an die Sendungen des Deutschlandsenders in den fünfziger Jahren. Information und Kommentar sind eines, offene Schmähungen der Sozialisten (PSP), der Volksdemokraten (PPD) und deren Führer gang und gäbe. Ein Anhänger der Kommunisten (PCP), auf Niveau und Ton der militärischen Radiomacher angesprochen, zuckt verächtlich die Schultern; die Leute von der 5. Division «c'est des gauchistes», eine andere Bezeichnung für die Maoisten, der sich gerade die Kommunisten häufig bedienen, wenn sie von den offiziell als Partei verbotenen, in Armee und Betrieben jedoch recht starken Anhängern Pekings sprechen.

Zeugen von Manifestationen und Parteianlässen im Zuge des Wahlkampfes für die Bestellung der nunmehr obsoleten verfassunggebenden Versammlung sind die zahllosen noch kaum übertünchten Maueraufschriften, die vergilbten Traktatanschläge und Plakate. Ihr Anlass liegt ein Vierteljahr zurück. Bekanntmachungen für neue politische Manifestationen gibt es kaum. Mächtig wird für die Gastspiele des Moskauer Zirkus oder für einen – unblutigen – Stierkampf geworben. Die Algarve scheint politisch zu schlafen. Lediglich in Portimao fährt ein Propagandafahrzeug des PPD mit Lautsprecher und Gehupe vorbei. Der Anlass am dortigen Parteisitz

des PCP scheint eher geselliger Art zu sein, eine Art kleines Volksfest mit viel Gesang, das sich bis auf die Strasse ausdehnt. Nirgendswo Polizei oder Militär, höchstens Polizisten, die den Verkehr regeln, oder einzelne Soldaten, die zum Badestrand fahren und in den abendlichen Strassen hinter den Mädchen her sind.

Wir haben gespannt auf die Ankunft unserer langjährigen Freunde aus Lissabon gewartet, die wie jedes Jahr einige Ferientage mit uns verbringen wollen. Letztes Jahr haben wir zusammen – etwas verspätet – den 25. April gefeiert. Ein Ingenieur und ein Architekt mit ihren Frauen; beides Technokraten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, der eine ein Umweltschutzfachmann, der sein Land an verschiedenen internationalen Konferenzen und Seminarien vertreten hat, vor Jahren Mitbegründer einer mehr oder weniger geheimen Beamtenbewerkschaft, der andere ein Stadtplaner, der längere Zeit in Italien gelebt hat. Herzliche Begrüssung wie immer; dann politische Diskussion – auch wie immer. Aber: sie seien gar nicht begeistert von «unserem» PSP, der Partei mit dem «kleinen Fäustchen». (Die geballte, eine Blume haltende Faust ist das Parteiemblem der portugiesischen Sozialisten.) Die Katze ist schnell aus dem Sack; sie haben auf die Cunhal-Linie eingeschwenkt. Ob sie der Partei beigetreten sind, erfahren wir nicht, erfragen es aber auch nicht; spielt ja keine Rolle. Die Begründung für ihre Option ist einfach, erschreckend einfach. Portugal sei ein Entwicklungsland, ein europäischer Sonderfall. Nur die Kommunisten seien zusammen mit den Militärs in der Lage, die Probleme des Landes zu lösen und den wirklichen Sozialismus einzuführen. Die PSP-Führung sei wie die sozialistische Internationale vom Kapitalismus gekauft. Sozialdemokratie ist für sie offensichtlich zum Schimpfwort geworden, was sie aus purer Höflichkeit uns gegenüber nur gerade andeuten. Sie räumen zwar ein, dass möglicherweise anderswo andere Formen des Sozialismus ihre Existenzberechtigung hätten, ziehen sich aber sofort auf ihre Sonderfallthese zurück, sowie das Gespräch auf Portugal zurückkommt. Dass die Europäischen Gemeinschaften Wirtschaftshilfe an Portugal unter gewissen Freiheits- und Stabilitätsgarantien leisten wollen, wird als Erpressung bezeichnet. Schliesslich hätten die Multis unter dem alten Regime auch investiert, ohne dass Garantien hinsichtlich der Gewährung von Freiheitsrechten gefordert worden seien. Den Unterschied zwischen Investitionen privater Kapitalisten und einer Wirtschaftshilfe von Staaten oder Staaten-gemeinschaften wollen sie nicht einsehen. Es taucht die Behauptung auf, die EWG verlange ohnehin 36 Prozent Jahreszins auf ihre Wirtschaftshilfe. Überhaupt sei die Diskussion über politische und persönliche Rechte im Sonderfall Portugal müssig. Es gehe ja dabei nur um formelle Rechte, die dem PSP gerade gut genug seien, um als Agitationsvorwand zu dienen. Wichtig seien die sozialen Rechte, später möge man über andere Rechte reden. Man gibt uns zu verstehen, dass die sogenannten formellen Rechte bisher immer nur dazu missbraucht worden seien, die Mehrheit durch

Minderheiten auszubeuten und zu dominieren. Individuelle Freiheiten seien für sie nur insofern relevant, als sie von der grossen Mehrheit wahr- genommen werden könnten. Was nütze es dem Landarbeiter, wenn ihm Freizügigkeit gewährt werde, wenn er doch nicht die Mittel habe, sich frei zu bewegen oder auszureisen. Freiheiten könnten ohnehin nur soweit ge- währt werden, als ihre Ausübung nicht geeignet wäre, sich gegen die Mehrheit zu richten. Den sowjetischen Dissidenten werde zu Recht die Freiheit der Publikation verweigert, weil sich ihr Wirken gegen das Volk richte. Unsere These, alle Eingriffe in die Freiheitsrechte seien wohl zu überlegen, denn der Verlust von Freiheiten sei meist nur schwer rever- sibel, bleibt unbeachtet, unbeantwortet. Unsere Freunde legen Wert auf die Feststellung, dass die Wahlen nicht hätten durchgeführt werden dürfen; das Volk sei nicht reif für Wahlen und sei irregeleitet worden. Hand- kehrum wird indessen die Auffassung vertreten, das politische und wirt- schaftliche Leben müsse demokratisiert werden, die Menschen in den Ge- meinden, Städten, Quartieren und Betrieben müssten selber entscheiden können. Auf den Widerspruch zwischen der ersten und der zweiten These aufmerksam gemacht, bleiben sie uns eine konkrete Antwort dafür schul- dig, weshalb dem Bürger indirekte Demokratie vorenthalten, die weit an- spruchsvollere direkte Demokratie hingegen ermöglicht werden sollte. Immerhin lassen sie durchblicken, dass die Bürger eben «instruiert» wer- den müssten. Wir verkneifen es uns, an dieser Stelle auf die «Instruktio- nen» der 5. Division und der derzeit reichlich gleichgeschalteten Presse hinzuweisen. Für uns wird ihre Position vollends klar, als sie sich für eine militärisch-kommunistische Einheitsbewegung aussprechen, welche die Revolution zu Ende führen werde.

Ich habe hier absichtlich ein Gespräch nur teilweise und in geraffter Form wiedergegeben. Die vielen Diskussionspunkte, in denen wir uns durchaus einig waren, habe ich unerwähnt gelassen und nur die Bruch- stellen in unserer politischen Sprache dargestellt. Es war für uns ernüch- ternd zu sehen, wie Freunde, die seit ihrer Jugend unter fehlender Infor- mation, unter der Beschränkung persönlicher und politischer Rechte ge- litten hatten, wovon wir uns in früheren Jahren hatten überzeugen können, so unbedenklich aus dem Glauben an eine Ideologie heraus die Mög- lichkeit zu einer wohl sozialen, gleichzeitig aber auch wahrhaft demokrati- schen und freiheitlichen Alternative aus der Hand zu geben bereit sind. Erschreckend war aber auch das naive Vertrauen, das belesene, kultivierte und vielgereiste Leute einer Handvoll jüngerer Offiziere entgegenbringen können, Menschen, die seinerzeit bereitgewesen waren, der faschistischen Militärdiktatur als Berufsoffiziere im Kolonialkrieg zu dienen, wozu sie wahrlich niemand gezwungen hat.

Selbstverständlich werden wir unsere Freunde nächstes Jahr wieder treffen. Wir sind gespannt darauf, wie weit sich ihre Verheissung bis dahin erfüllt hat.